

Missionsfeld lange nicht so fruchtbar wie China oder Zentralafrika, liefern diese Missionsstationen doch ein Propagandamaterial, das sehr geeignet ist, Gläubige, besonders in Amerika, zu Geldspenden zu bewegen. Von solchen Einnahmen kann dann oft noch eine andere, wenn nicht mehrere Stationen unterhalten werden.

Die orthodoxe Kirche

Die griechisch-orthodoxe Kirche und mit ihr die übrigen Ostkirchen haben sich nur sehr vorsichtig, wenn überhaupt, geäußert. Die griechisch-orthodoxe Kirche war in Palästina, so wie überall, immer von der jeweiligen Regierung abhängig. So darf man denn sicher sein, daß sie nichts unternehmen wird, was der Regierung Jordaniens oder Israels nicht angenehm sein könnte.

Als im Herbst 1949 die Vollversammlung der UNO wiederholt die Internationalisierung Jerusalems beschloß, bildete sich bei der Abstimmung eine höchst eigenartige, ja nie dagewesene Koalition, die für den Beschluß stimmte: die katholischen Staaten mit Frankreich an der Spitze, der islamische Block und die Volksdemokratien. Die katholischen Interessen sind eindeutig. Die islamischen Staaten wünschen Jordanien, den einstigen Verbündeten, der in Ungnade fiel, zu schädigen. Der Sowjetblock allerdings hatte recht eigene Gründe.

Sowjetrussische Interessen

Die Russen haben von jeher nichts zu tun unterlassen, was zur allgemeinen Unruhe im vorderen Orient beitragen könnte. Eine Spaltung zwischen Abdullah und der Arabischen Liga war also das Günstigste, was man im Moment fördern konnte. Aber das dürfte noch lange nicht alles gewesen sein. Wie schon vorher erwähnt, hatte die russische Kirche unter dem Protektorat des Zaren bzw. seiner Familie ziemlich umfangreichen Grundbesitz im Heiligen Lande erworben. Nach der Revolution in Rußland beanspruchte die Sowjetregierung diesen Kirchenbesitz für sich, da es sich hier um Eigentum des russischen Staates handle. Die englische Mandatsregierung hat diese Ansprüche nie anerkannt. Die neue israelische Regierung allerdings sprach, möglicherweise unter dem Druck der Verhältnisse, diese Güter der Sowjetregierung zu. Der Klerus, soweit er in Israel verblieb, wurde gleichgeschaltet, und ein Archimandrit wurde aus Moskau gesandt, um nach den Rechtgläubigen zu sehen.

Mitten im Stadtzentrum, in der jüdischen Zone, gibt es einen „russischen Platz“: einen für Jerusalem sehr großen Gebäudekomplex inclusive einer Kathedrale und großer Pilgerheime. Die englische Mandatsregierung hatte einen Großteil der Gebäude gemietet und dort einen Teil ihrer Verwaltung untergebracht. Die israelische Regierung hat dann diese Gebäude automatisch übernommen und unter anderem auch ihre Gerichte dort untergebracht.

Am 7. November 1949 feierte der russische Klerus den Tag der russischen Revolution in der Kathedrale und hißte auch auf dem Gebäude des Obersten Gerichtshofes in Israel eine rote Fahne. Es soll dann einen Notenwechsel zwischen der Regierung und der sowjetischen Gesandtschaft in Tel-Aviv gegeben haben. Bei dieser Gelegenheit wurde der israelischen Regierung erklärt, daß die fraglichen Gebäude, wenn auch vermietet, so doch Besitz der Sowjetregierung seien. Es ist nicht

schwer, aus diesem, wenn auch harmlosen Zwischenfall die Absichten der Sowjetregierung in Jerusalem zu erkennen. Heute stehen sich in Jerusalem zwei Armeen gegenüber, getrennt durch einen Stacheldraht, Schützengräben und einen Waffenstillstandsvertrag. Es besteht also immer die Gefahr, daß die friedlichen Zustände von heute plötzlich ein Ende finden könnten, denn auf beiden Seiten gibt es Elemente, die im Kriege noch eine heroische Tat sehen.

Die Stadt selbst ist geteilt, und es ist oft schwerer, von der jüdischen „Zone“ in die arabische zu gelangen, als von einem der beiden Teile nach Europa zu reisen. Zudem sind beide Teile in der Gewährung des freien Zugangs zu den heiligen Stätten, von dem ja immer wieder die Rede ist, weiter und weiter abgerückt. Von einem freien Zugang kann heute in keiner Weise die Rede sein.

Dringlichkeit der Internationalisierung

Es wäre eigentlich durch diese Tatsachen genügend Grund gegeben, der Stadt wirklich ein internationales Statut zu geben, um sie der Welt zu erhalten. Jerusalem ist schließlich Heiligtum dreier Religionen und nicht nur eine nationale Hauptstadt.

Es ist immer wieder die Rede davon, daß die Bevölkerung der Stadt ein internationales Regime nicht wünsche. Das ist nicht ganz richtig. Gewiß ist ein Gutteil der jüdischen Bevölkerung heute so national gesinnt, daß sie eine nicht israelische Regierung bereits als Fremdherrschaft ansehen würde. Die arabische Bevölkerung aber dürfte in keiner Weise gegen ein internationales Statut sein, da sie wirtschaftlich davon nur profitieren würde (wie übrigens die jüdische Bevölkerung auch). Man darf nicht vergessen, daß das Statut der UNO eine „Jerusalem“-Regierung vorsieht, d. h. die Verwaltung des Staates würde in den Händen der Bevölkerung liegen. Lediglich die Kontrolle über die Wahrung des Statuts würde von der UNO ausgehen.

Schließlich würde die Internationalisierung, wenn sie jemals durchgeführt werden sollte, beweisen, daß der Mensch nicht nur unter einer nationalen Fahne glücklich und in Frieden leben kann. In Jerusalem würde sie zum Beweis der Möglichkeit einer Völkerverständigung werden.

Heute läßt sich unmöglich sagen, ob die Pläne der UNO jemals verwirklicht werden können. Auch die jetzige Vollversammlung, welcher wiederum neue Pläne unterbreitet werden, wird wahrscheinlich keine befriedigende Lösung, d. h. eine solche, die sich verwirklichen läßt, finden. Ob Jerusalem jemals eine Stadt des Friedens wird, ist höchst unsicher. Aber immerhin besteht noch die Hoffnung, daß sich irgendwann auch in Jerusalem die Vorbedingungen durchsetzen werden, die zur Erhaltung des Friedens notwendig sind.

Die Lage in China

Es scheint, als habe China plötzlich das Geschick der Menschheit in Händen. Wenn wir die Welt in zwei „Blocks“ gespalten sahen, so meinten wir bis vor kurzem mit dem „Block der westlichen Welt“ die Vereinigten Staaten von Amerika und, an sie angelehnt, die Länder Westeuropas, mit dem „Block der östlichen Welt“

Rußland und seine osteuropäischen Satellitenstaaten. Als China unter die Herrschaft der chinesischen Kommunisten kam und zur „Volksrepublik China“ wurde, neigten wir sogleich dazu, es als einen neuen, wenn auch großen Satellitenstaat anzusehen, der von nun an die sowjetische Macht unterstützen werde. Daß China durch seine Größe und seine Rußland weit übertreffende Bevölkerungsmasse allerdings eine besondere Rolle in der Gruppe des „Ost-blocks“ spielen könne, war von Anfang an klar. Bei den äußerst widerspruchsvollen Berichten, die die westliche Welt aus China erhält, ist es aber bis heute noch völlig undeutlich, welchen Charakter, welche Macht und welche Selbständigkeit dieses neue China besitzt. Vielleicht wird sich das offenbaren, wenn es durch die Verhältnisse in der asiatischen Welt genötigt (oder verführt) wird, handelnd einzugreifen; vielleicht aber bleibt es trotz dieses handelnden Hervortretens in seinem eigentlichen Wesen für uns undurchsichtig. China hat ein tiefeingewurzelt Nationalgefühl. Es hat jahrhundertlang alles Fremde völlig von sich fern gehalten, weil es das Fremde verabscheut; es hat das Eindringen der westlichen Welt mit Widerwillen ertragen und macht sich jetzt von ihr wieder frei — die Auflehnung gegen die Fremden ist ja ein wichtiges Moment in allen kommunistischen Aufständen Asiens, das ihnen zugleich den Charakter der nationalen Erhebung gibt. Ist es anzunehmen, daß China mit seinen 500 Millionen Einwohnern, seinem starken Nationalgefühl, seinem alten Selbstbewußtsein sich jetzt freiwillig der, sei es auch nur ideellen, Herrschaft eines anderen, wiederum fremden Volkes, der Russen, beugen werde? In der Spannung zwischen Ost und West steht die chinesische Volksrepublik an der Seite der Sowjetunion. Aber wir sind heute noch völlig außerstande zu erkennen, ob sie es als „Satellit“ tut, ob sie von Moskaus Direktiven abhängt, oder ob sie vielleicht ihrerseits Rußland benutzt, um ein eigenes Ziel zu erreichen. Ohne die Hilfe eines hochindustrialisierten Landes kann China sein Erneuerungsprogramm nicht durchführen; es braucht Maschinen und Ingenieure. Tschang Kai-schek hatte diese Hilfe bei den Westmächten gesucht; aber er hat sich seine Ideale nicht rein erhalten können und ist mehr und mehr der Korruption einer bestimmten Clique erlegen, bis er schließlich nur noch mit der Stütze der Fremden gegen sein eigenes Volk stand. Mao Tse-tung braucht die Hilfe Rußlands. Er muß für diese Hilfe zahlen durch Unterstützung der sowjetischen Politik und sicher auch durch allerlei Maßnahmen seiner Innenpolitik; aber ist das sein letztes Wort? Ist jener „demokratische Vorsozialismus“, aus dessen Geist er das uralte Bauernland neu organisieren will und den er als „Vorstufe“ zu einem später durchzuführenden echten Kommunismus bezeichnet, wirklich nur ein Durchgangsstadium? Jedenfalls unterscheidet sich Maos Regime in wesentlichen Punkten von allen anderen kommunistischen Herrschaftsformen, wie wir sie in der osteuropäischen Welt sehen. Wir haben darüber schon früher in der Herder-Korrespondenz berichtet (vgl. Jhg. 4, Heft 3, S. 122—124 und Heft 8, S. 379—382). Inzwischen ist ein weiteres gutes halbes Jahr vergangen, und die Berichte aus dem Neuen China sind immer noch ebenso widerspruchsvoll. Auf der einen Seite hört man immer öfter von der Zuziehung russischer Techniker und Theoretiker bei der Neugestaltung des Landes. Auf der anderen Seite scheinen die Verwirklichungen immer stärker einen Geist der

Mäßigung aufzuweisen. Ist das erstere dem Einfluß einer radikalen Gruppe zuzuschreiben, die, wie manche meinen, Mao aus seiner ausschließlichen Führerstellung zu verdrängen trachtet, Mao, dessen Geist sich eben in jener Mäßigung ausdrückt, die das Korrelat eines sehr chinesischen Realismus ist? Oder ist die Situation eine rein taktische? Wenn China heute das Zünglein an der Waage zwischen Ost und West, ja zwischen Krieg und Frieden ist, was für ein China ist es denn eigentlich? Wir können diese Frage noch nicht beantworten; aber es ist klar, daß alles, was wir aus China vernehmen, für uns eine ganz unmittelbare Wichtigkeit besitzt.

Das Neue China und das Christentum

So vorsichtig wie über alle anderen Verhältnisse im Neuen China müssen wir über sein Verhalten gegenüber dem Christentum urteilen. Es erscheint heute als eine schwere Belastung für die christliche Mission in fast allen Missionsländern, daß sie mit der Herrschaft der weißen Rasse verquickt ist. Das kompliziert in China das Verhalten der neuen Machthaber gegenüber den christlichen Missionaren in negativer Richtung. Gegenüber der Religion als solcher dagegen scheint das Verhalten so unentschieden zu sein wie vieles andere. Auf der einen Seite existiert die schroffe marxistische Ablehnung jeder Religion, auf der anderen Seite scheint die chinesische Wirklichkeit immer deutlicher aller Gewaltanwendung und Schroffheit abgeneigt. Die Lage der christlichen Missionen ist in den einzelnen Provinzen durchaus verschieden; ob das an regionalen Machthabern liegt, die mehr oder weniger streng marxistisch denken, ob an der jeweiligen räumlichen Nähe oder Ferne von der Sowjetunion und ihrem dementsprechenden Einfluß; ob es Ausdruck einer stufenweisen Entwicklung ist — die aber keineswegs auf allmähliche Straffung der Zügel auszugehen scheint, sondern durch die im Gegenteil schon gestraffte Zügel wieder gelockert werden —, das können wir wohl kaum beurteilen. Insbesondere aber muß man stets daran denken, daß viele Maßnahmen sich nicht gegen den Gläubigen, sondern gegen den Ausländer, gegen den Fremden richten.

„La France Catholique“ hat am 15. September 1950 einen Überblick über die Lage der christlichen Mission in den einzelnen chinesischen Provinzen gegeben. Die geschilderten Verhältnisse sind die bis etwa Mitte August 1950 bestehenden. Danach war die Lage bis dahin die folgende: in der *Nordmandschurei* war die Kirche fast völlig zerstört. In den Städten war ein gewisses Apostolat noch möglich, auf dem Land dagegen waren alle Kirchen und Missionsgebäude beschlagnahmt, und missionarische Tätigkeit konnte nur noch im geheimen ausgeübt werden. In der *Südmandschurei* war die Lage etwas besser.

In der *Mongolei* bestanden Schulen, Krankenhäuser und Seminare weiter, und das Apostolat war ziemlich ungestört.

In *Nord- und Mittelchina* konnte das Apostolat in den Städten praktisch unbehelligt weiter ausgeübt werden; jedoch war die Lage auf dem Land, wo die Priester in Hausarrest gehalten werden, Kirche und Schulen enteignet worden sind, sehr traurig.

In den *inneren Provinzen des Westens* schien noch alles unverändert wie früher zu sein. Die Missionen hatten kaum zu leiden und arbeiteten unbehelligt.

In *Südchina* war die Lage uneinheitlich. Manche Missionen hatten zu leiden, andere nicht. Auch an der *Südostküste* konnte die religiöse Arbeit ohne zu große Schwierigkeiten fortgeführt werden, wenn die Priester auch in ihrer Bewegungsfreiheit beschränkt waren und die Schulen den neuen Verhältnissen angepaßt werden mußten.

Man kann also, außer in der durchaus unter russischem Einfluß stehenden Mandschurei, nicht von einer durchgängigen und konsequenten Verfolgung des Christentums sprechen. Im Gegenteil hatte sich — so sagte jener Bericht, der vorzugsweise auf Meldungen der Agenzia Fides beruht — eine gewisse Toleranz für alle jene Priester herausgebildet, die als Arbeiter lebten, und das waren fast alle. Schwierigkeiten bestanden vor allem im Unterrichtswesen, das, wie in allen kommunistischen Staaten, im Neuen China eine Angelegenheit ausschließlich des Staates werden soll. Diese Schwierigkeiten haben sich inzwischen grundsätzlich verschärft. Davon weiter unten. Dagegen besteht in der chinesischen Volksrepublik bisher noch eine erstaunliche Pressefreiheit, so daß die Presse vielleicht das wirksamste Mittel des Apostolats zu werden bestimmt ist.

Die Lage der caritativen Anstalten

Außerdem scheinen aber auch die Caritaswerke ungehindert weiter arbeiten zu dürfen, soweit sie nicht durch finanzielle Schwierigkeiten von sich aus ihre Einrichtungen schließen müssen. Der NCWC News Service meldet aus Tokio vom 13. November, daß von den 254 katholischen Waisenhäusern, die 1948 in China bestanden, 60 wegen finanzieller Schwierigkeiten geschlossen worden und die Kinder von wohlthätigen Familien aufgenommen worden sind; die übrigen 194 Anstalten bestehen jedoch weiter. Alle Leprosarien bestehen weiter. Etwa 120 katholische Werkstätten arbeiten weiter unter der Leitung von Missionaren und Missionsschwestern. Sechs Pflegerinnenschulen, die in Verbindung mit katholischen Krankenhäusern arbeiten, bestehen fort und werden von den Schwierigkeiten, unter denen andere Schulen zu leiden haben, nicht betroffen. Von den acht großen, wohlorganisierten Gewerbeschulen, die Ende 1949 bestanden, hat nur die in Schanghai ihre Tätigkeit eingestellt; zwanzig kleinere Gewerbeschulen konnten sogar seit der Unterstellung unter das kommunistische Regime neu eröffnet werden. Auch haben viele Seminarier in China Gewerbekurse für ihre Studenten eingerichtet.

196 Krankenhäuser mit Platz für 81628 Kranke und 4262 alte Leute haben mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen infolge ihrer verringerten Zuschüsse und der Steuerauflagen. Etwa zehn Krankenhäuser und neun Hospize haben aus finanziellen Gründen geschlossen werden müssen; von einem Krankenhaus wird berichtet, es sei „übernommen“ worden.

Außerordentlich zugenommen haben die Apotheken. Fast jede Pfarre mit einem ständigen Missionar hat eine kleine Apotheke eröffnet. Vor allem wirksam sind die Wanderapotheken, die von einem Missionar oder einer Schwester, ausländischen sowohl wie einheimischen, von Haus zu Haus zu den Kranken hingetragen werden, wobei sich der direkte menschliche Kontakt zwischen dem Missionar und dem Volk in Stadt und Land am selbstverständlichsten herstellt. Viele Konversionen sind un-

mittelbar aus diesem Kontakt hervorgegangen. Die Meldung aus Tokio sagt, es sei erlaubt anzunehmen, daß sich die 781 im Jahre 1948 registrierten Apotheken bis Ende 1950 verzehnfacht haben. Sie sind gut organisiert und imstande, alle Krankheiten zu behandeln, die keinen Krankenhausaufenthalt erfordern. Nach den letzten Meldungen werden diese Apotheken von 80000 Personen im Monat beansprucht.

Die neue Schulverwaltungsgesetzgebung

Seit Mitte August hat sich die Lage der christlichen Missionen in China vielleicht grundlegend durch die neue Schulgesetzgebung geändert. Diese Gesetzgebung ist darauf angelegt, das gesamte mittlere und höhere Schulwesen nach und nach ausschließlich in die Hand der Regierung zu bringen. Wahrscheinlich handelt es sich hier ebensosehr darum, die Leitung aller, auch der bisherigen Privatschulen in chinesische Hände zu bringen und sie den ausländischen Missionaren abzunehmen, wie darum, die religiöse Erziehung zu unterbinden. Kurse in marxistischer Weltanschauung mußten schon seit längerer Zeit auch an Missionsschulen und christlichen Universitäten gehalten werden, wozu besondere Lehrkräfte bereitgestellt wurden. Religionsunterricht durfte nicht während der Schulstunden, an vielen Orten nicht im Schulgebäude erteilt werden. Die neue Gesetzgebung ändert an diesen Bestimmungen nichts. Religionsunterricht außerhalb der Schule kann aber auch jetzt noch weiter gegeben werden. Die Schulen jedoch sollen von Chinesen geleitet werden.

Am 14. August erließ das Erziehungsministerium ein Dekret über die „Vorläufige Regelung der Verwaltung der privaten Erziehungsanstalten“, in dem festgelegt wird, daß Privatschulen in finanziellen Schwierigkeiten Unterstützung von der Regierung erhalten können, „wenn sie nützliche Arbeit leisten“. Private Mittelschulen müssen sich neu registrieren lassen. Sie dürfen Religionsunterricht nicht als Pflichtfach geben und ihre Schüler nicht zur Teilnahme an Gottesdiensten und religiöser Betätigung verpflichten.

Jedenfalls darf aber die Verwaltung der Finanzen und allen Eigentums nur in der Hand von Chinesen liegen.

Da der Unterricht in allen Schulen nach den offiziellen Lehrbüchern zu geschehen hat, erhalten die Kinder also auch in den von den katholischen Missionen geleiteten Schulen nun einen Unterricht auf der Grundlage einer materialistischen Weltanschauung; man sagt ihnen in der Schule, Gott existiere nicht. Für katholische Eltern ist es unter diesen Umständen sehr schwer, ihre Kinder im Glauben zu erziehen. Doch garantiert die chinesische Gesetzgebung Freiheit der Religion, und die örtlichen Behörden haben schon öfter, wenn von irgendwoher Maßnahmen gegen die Ausübung dieses Rechts versucht wurden, die unter Druck Gesetzten tatsächlich in Schutz genommen, so daß der bedrohte Religionsunterricht außerhalb der Schule weiter erteilt werden konnte. Es ist schwer zu entscheiden, ob sich darin die Überzeugung des Kommunisten ausdrückt, die Religion werde, als überholt, mit der Zeit von selbst verschwinden, oder ob darin das Geltenlassen des anderen, das an sich dem chinesischen Charakter entspricht, zum Ausdruck kommt.

Es ist selbstverständlich, daß die Katholiken irgendwie gegen die Gefahren dieses Zustandes reagieren müssen.

Als am wirksamsten hat sich die Organisation der Kinder und Jugendlichen, aber auch der Laienkatecheten in ganz kleinen Gruppen erwiesen. Die Jugendgruppen sollen nicht mehr als zehn bis zwölf Mitglieder umfassen; in dieser kleinen Gemeinschaft bildet sich das Gefühl der Zugehörigkeit zur Gemeinschaft der Gläubigen und damit zu Gott am sichersten.

Die Übernahme der katholischen Fu Yen-Universität durch den Staat

Die erste wichtige katholische Position, die auf Grund dieser neuen Gesetzgebung verloren ging, ist die Fu Yen-Universität in Peking. Die kommunistische „New China News Agency“ hat am 14. Oktober mitgeteilt, daß kommunistische Autoritäten die von den amerikanischen Patres vom Göttlichen Wort geleitete Fu Yen-Universität übernommen hätten. Als Grund wurde angegeben, daß die Patres einerseits fünf ihnen zugeteilte „progressive“ Professoren nicht hätten anstellen und ihren Unterricht den fortschrittlichen Richtlinien nicht hätten anpassen wollen und daß die Universität andererseits seit August keine Geldmittel mehr von ihren ausländischen Geldgebern erhalten hätte und daher finanzieller Unterstützung bedürfe. In der Tat wurde die Fu Yen von amerikanischen Geldern erhalten, die seit einiger Zeit stark gekürzt gewesen zu sein scheinen. Die Fu Yen besteht seit 26 Jahren und gehört zu den bedeutendsten Hochschulen Ostasiens. Was wird aus ihr unter der neuen Verwaltung werden?

Die Meldung der „New China News Agency“ sagt, Religionskurse seien auch künftig an der Fu Yen-Universität als freie Vorlesungen erlaubt; auch würden einige Priester als Professoren bleiben. Mit Bezug auf die Fu Yen hat der chinesische Erziehungsminister bekannt gegeben, daß es Ausländern nicht erlaubt sei, neue Schulen in China zu gründen, daß aber die bereits bestehenden weiterbestehen bleiben dürften. Vom 28. Oktober wird dann aus Tokio (nach NCWC News Service) gemeldet, die Regierung habe nun einen offiziellen Erlaß herausgegeben, in dem die Richtlinien angegeben seien, nach denen die Fu Yen künftig geleitet werden solle. Darin heißt es: „Die Beziehungen zwischen der Kirche und Fu Yen (unter der neuen Regierungskontrolle) können nur fortbestehen, wenn die erstere die Geldmittel beschafft und für die wahlfreien Religionskurse sorgt. Sie hat nichts mit der Verwaltung der Schule oder anderen sie betreffenden Dingen zu tun, da das eine Verletzung des Allgemeinen Erziehungsprogramms und der Erziehungspolitik und -gesetzgebung der Regierung bedeuten würde.“

In dem Erlaß werden dann „einige fundamentale Prinzipien“ über die Organisation des Erziehungswesens angegeben:

1. In einem unabhängigen demokratischen Land können Ausländer keine Schulen eröffnen, außer solchen, die ausländische Immigranten zur Erziehung ihrer eigenen Kinder errichten.
2. Missionsschulen, die von Ausländern im alten China errichtet worden sind und die schon seit vielen Jahren bestehen, dürfen vorläufig weitergeführt werden unter der Bedingung, daß sie das Allgemeine Programm der politischen Volkskonsultativkonferenz Chinas und die Erziehungspolitik und -gesetzgebung des Landes genau befolgen. Aber die Zentralvolks-

regierung behält sich das Recht vor, sie unter ihre eigene Leitung zu übernehmen, wenn die Umstände es erfordern sollten. Unter keinen Umständen ist es erlaubt, neue Schulen dieser Art zu errichten.

3. Religion und Erziehung sind zwei verschiedene Dinge, die strikt voneinander getrennt werden müssen, so daß keine Mißverständnisse oder Verwirrungen irgendwelcher Art entstehen können. Religiöse Betätigungen wie Gebet, Lesen heiliger Schriften usw. sind in den Klassenräumen der Schulen nicht gestattet.
4. Religionskurse können an von Kirchen gegründeten Universitäten und Akademien gehalten werden, aber sie müssen wahlfrei sein, und die Kirchen dürfen ihre Studenten nicht zwingen oder locken, an diesen Kursen teilzunehmen.
5. Die „provisorischen Anordnungen für Höhere Schulen“ und die „provisorischen Regeln betreffs der Leitung privater Hochschulen“, die kürzlich vom Erziehungsministerium der Zentralvolksregierung herausgegeben worden sind, sind Verordnungen, die von allen privaten Universitäten und Akademien des Landes befolgt werden müssen.“

Aus Tokio wird (nach NCWC News Service) vom 20. November gemeldet, daß nach der Übernahme der Leitung der Fu Yen-Universität durch die Regierung des Neuen China fünf Priester, sechs Schwestern und fünf Laienprofessoren von ihrem Rang als Mitglieder des Fakultätskorps hätten zurücktreten wollen. Dieser Austritt war als Protest gegen die Übernahme der Universität durch die Regierung und als Ausdruck der Meinung gedacht, daß die Fu Yen von jetzt ab nicht mehr als katholische Universität betrachtet werden könne. Auf die wiederholten dringenden Bitten der katholischen Studentenschaft, der Professoren und Arbeiter, zu bleiben und ihre geistliche Betreuung nicht aufzugeben, haben sie ihren Entschluß wieder aufgegeben. Sie haben sich aber zusichern lassen, daß sie ihre wahlfreien Religionskurse weiter halten können und haben gegen die Übernahme protestiert. Es ist den Priestern und den Schwestern für den Fall, daß sie bleiben, auch zugesichert worden, daß sie in ihren eigenen Wohnungen bleiben können.

Nach der Übernahme der Fu Yen-Universität durch die Regierung sind nun noch zwei katholische Universitäten in katholischen Händen in China übrig: die Tsinku-Universität in Tientsin und die Aurora-Universität in Schanghai. Sie haben zusammen ungefähr 1400 Studenten.

Von dem Dekret werden ebenso die protestantischen Hochschulen in China betroffen: die Nanking University, das Gingling College in Nanking und die West China University in Schanghai.

„Allchinesisches christliches Gemeinschaftskomitee“

Für die nichtkatholischen christlichen Körperschaften in China scheint die Verständigung mit dem neuen Regime bedeutend einfacher als für die katholische Kirche. Eine Anzahl von ihnen ist offiziell auf die Seite der Volksregierung getreten und entfaltet nun eine lebhaftere Tätigkeit, die in der kommunistisch-chinesischen Presse breiten Raum einnimmt. Die protestantischen Kirchen Chinas sind bereits seit 14 Jahren zusammengeschlossen zu einem „Allchinesischen christlichen Gemeinschaftskomitee“, das kürzlich seine jährliche Tagung in Schang-

hai abgehalten hat. Es nennt sich von jetzt ab, unter Billigung der kommunistischen Regierung, „Konferenz der chinesischen christlichen Führer“. Nach einer Meldung der „New China News Agency“, die die „Neuen Zürcher Nachrichten“ am 11. November wiedergegeben haben, ist das Komitee bei der diesjährigen Konferenz zunächst gründlich „gesäubert“ worden und hat dann Frau Dr. Wu Yi-fang, eine bekannte Parteigängerin Moskaus, zur Vorsitzenden ernannt. Frau Wu gehört dem protestantischen Gingling College an, das bisher die Missionsschulen gestützt hat. Die Konferenz nahm einen Fünfjahresplan an „zur Schaffung einer wahrhaft freien christlichen Bewegung in China, getrennt von ihrer langjährigen Zusammenarbeit mit dem Westen“. Den „Neuen Zürcher Nachrichten“ zufolge bildete den Hauptpunkt der Beratung „die Reformierung der christlichen Kirchen“ in China. Einstimmig wurde die von den Kommunisten im Juli 1950 geschaffene „Deklaration der Vereinigten Christen“ gebilligt, die besonders den amerikanischen Imperialismus als Gefahr erklärt. Sie fordert die chinesischen christlichen Körperschaften dringend auf, eine administrativ unabhängige, autonome, finanziell selbständige und mit eigenem Kultus wirkende Kirche zu errichten. Die Konferenzführer gelobten, die Peking-Regierung voll zu unterstützen. An Mao Tse-tung wurde eine Respekt-Botschaft gesandt. Bereits im Mai hatte der chinesische Ministerpräsident Chou En-lai vor einer Besucherdelegation in Schanghai sein Programm einer unabhängigen christlichen Bewegung entwickelt. Er sah in den christlichen Missionaren Werkzeuge zur Verbreitung eines westlichen Imperialismus und forderte die chinesischen christlichen Organisationen auf, sich von ihnen zu lösen. Nach Berichten aus Hongkong, so fahren die „Neuen Zürcher Nachrichten“ fort, ist eine nationale Werbung größten Ausmaßes im Gang, um Unterschriften für diese „Deklaration der Vereinigten Christen“ zu gewinnen. Mehr als tausend Christen der Mandschurei sollen unterzeichnet haben, in den größeren Städten werden Diskussionsgruppen gebildet zum Studium der Reform der christlichen Kirche. „Catholic Herald“ teilt am 17. November mit, daß 6000 Unterschriften in Schanghai, 400 in Chungking zusammengekommen sind. In Harbin, Wuhan, Fukien, Peking haben Versammlungen stattgefunden, auf denen die offizielle Zustimmung zu den Programmpunkten der Deklaration verkündet wurde. Auch „Christian Century“ berichtet in seiner Nummer vom 15. November von einem Manifest, ohne es näher zu bezeichnen, das aber vermutlich das gleiche ist, und zitiert daraus. Es heißt da, es rufe alle chinesischen Christen auf, „mitzuhelfen, gewisse fundamentale Grundsätze zu verwirklichen“. Diese wären: Stützung der Regierung, Kampf gegen Imperialismus und Kapitalismus und eventueller Verzicht auf alle finanzielle Unterstützung vom Ausland. Das Dokument erklärt, die Kirchen müßten „alle christlichen Mitglieder instand setzen, die von den Imperialisten in China begangenen Verbrechen klar zu erkennen und die Tatsache hinsichtlich der Art und Weise kennen zu lernen, wie die Imperialisten in China die Kirche für ihre Interessen benutzt haben ... Sie müssen zur Wachsamkeit gegenüber dem Imperialismus angehalten werden, insbesondere gegenüber den Intrigen der amerikanischen Imperialisten, die reaktionäre Kräfte in China auf dem Wege über die Religion

an die Macht bringen wollen“. Um dieses Programm durchzuführen, sollen die Kirchen „konkrete Pläne ausarbeiten, die sie instand setzen sollen, sich in naher Zukunft selbst erhalten zu können“. Diese Erklärung sei von hervorragenden Christen unterzeichnet, die z. T. mit Namen genannt werden: eine große Zahl von Leitern der YMCA und YWCA, der Quäker und der wichtigsten Denominationen in China. „Christian Century“ sieht in diesem Manifest die Parallele zu Entwicklungen in osteuropäischen Satellitenstaaten — vielleicht den einzig möglichen, aber einen tragischen Schritt der chinesischen Protestanten.

In den Lehrbüchern ist inzwischen die englische Sprache durch die chinesische ersetzt worden. An verschiedenen christlichen Universitäten sind die Vorlesungen in englischer Sprache verboten worden. Chinesisch wurde als ausschließlich zulässig erklärt.

Doch sind nicht nur die protestantischen Gruppen im Neuen China angesprochen. Eine von der offiziellen Agentur in Peking im September veröffentlichte Erklärung gegen den amerikanischen Imperialismus ist von bedeutenden Persönlichkeiten des Protestantismus, des Buddhismus und des Islam unterzeichnet. Der Text schloß auch die Katholiken in den Protest mit ein, obwohl kein Katholik unterzeichnet hat. Er besagte: „Wir von den verschiedenen religiösen Organisationen in Peking, Buddhisten, Protestanten, Katholiken und Mohammedaner, protestieren gegen die Invasion der amerikanischen Imperialisten in Formosa und Korea.“ Ähnliche Erklärungen sollen die Protestanten in Kwangtung abgegeben haben. Es heißt auch, daß religiöse Gruppen in China den Stockholmer Appell unterzeichnet haben. „New China News Agency“ sagt, er sei „unterzeichnet worden von christlichen, buddhistischen und mohammedanischen Führern“. „Catholic Herald“ sagt dazu (17. 11. 1950), es scheine sicher, daß die kommunistische Regierung beschlossen habe, diese religiösen Gruppen eine Rolle in der neuen chinesischen Regierung spielen zu lassen. Die katholische Kirche scheine absichtlich nicht erwähnt zu werden, wo es sich um Betätigungen handle, die die volle Billigung der Regierung fänden. Schon beim ersten Zusammentreten des Politischen Volkskonsultativrats im Oktober 1949, dessen Zweck es war, die Bildung der Chinesischen Volksregierung vorzubereiten, wurden die Sitze für „religiöse Körperschaften“ nur Protestanten, Buddhisten und Mohammedanern angeboten und von diesen angenommen.

Was geschieht wirklich?

Es ist nicht ganz einfach, diese Meldungen zu interpretieren. Für die protestantischen Kirchen in China besteht an sich kein Grund, warum sie sich nicht von ihren westlichen Mutterkirchen lösen und selbständig organisieren sollten; ja selbst die katholische Kirche könnte sich ohne Einbuße des Glaubens und Verletzung des Gehorsams „von ihrer langjährigen Zusammenarbeit mit dem Westen trennen“, wenn es sich nur um die Sphäre der Organisation handelte. Was wäre verständlicher als der Wunsch, die christliche Lehre nur in der eigenen Sprache gelehrt zu bekommen?

Wir kennen die großzügigen Erklärungen der europäischen sowjetischen Satellitenregierungen gegenüber der Religion und den Kirchen, wo dann die Praxis ganz anders aussieht. In China scheint es jedoch anders zu

sein. Fast möchte man sagen, in China sei es gerade umgekehrt: die offiziellen Erklärungen könnten viel strenger ausgelegt werden, als sie es dann tatsächlich werden. So erfahren wir mit Staunen, daß von den acht Priesterseminaren, die 1948 geschlossen worden sind, drei wieder aufgemacht werden konnten. Ein Bischof aus Westchina berichtet (laut Internationalem Fidesdienst vom 28. Oktober 1950) ebenfalls, daß in seiner Diözese im November 1949 ein neues Kleines Seminar eröffnet werden konnte, gegen das bisher nichts unternommen worden ist. Kipa teilt mit (23. November 1950), daß der Priesternachwuchs sich in China gegenwärtig auf 4056 Anwärter belaufe, wovon 3629 auf den Weltklerus entfallen (zum Vergleich ist die Zahl der neu-geweihten Weltpriester 1948 mit 3321 und 1940 mit 6502 angegeben). Der eben erwähnte westchinesische Bischof berichtet weiter, er habe auch einen Lehrkurs für Laienkatechetinnen im Jahre 1950 eröffnen können, ebenso sei Zuwachs an einheimischen Schwestern zu verzeichnen.

Daß die kleinen Pfarrschulen, in denen Kinder in der Religion unterwiesen wurden, fast überall eingegangen sind — was allerdings der schwerste Verlust für die Missionierung ist —, beruht auf den finanziellen Schwierigkeiten, deren die christlichen Gemeinden in China, seit sie nicht mehr von den Geldern der Missionen getragen werden können, noch nicht haben Herr werden können. In der Armut der Christen liegt wohl überhaupt die größte Schwierigkeit für die Ausbreitung des Christentums in China, wenn es von der westlichen Welt abgeschnitten ist: es fehlt das Geld für alle jene Einrichtungen, durch die die christliche Mission zu wirken pflegte. Die Regierung der chinesischen Volksrepublik hilft hier natürlich in keiner Weise. Sie scheint die Religion nicht wichtig genug zu finden, um gegen sie ernstlich vorzugehen, aber sie hält sie für überflüssig (bei einer Klassifizierung der verschiedenen Stände nach ihrem Nutzen für die Nation, die die kommunistische Presse in China im vorigen Sommer veröffentlicht hat, stehen die Missionare an letzter Stelle: Soldaten, Arbeiter, Bauern, Beamte, Handwerker, Intellektuelle, freie Berufe, Kaufleute, Prostituierte, Missionare). Hat das Christentum in China die Kraft, in dieser Armut zu leben und sie etwa gar in einen neuen Antrieb zu verwandeln?

Der katholisch-soziale Gedanke im Staat und in der Gesellschaft in Mexiko und Argentinien

Die soziale Auseinandersetzung in Lateinamerika scheint sich zwischen zwei Extremen zu bewegen. Einerseits äußern sich vornehmlich in den Ländern des Karibischen Raumes, der anscheinend am stärksten von der angelsächsischen Nachbarschaft und den dortigen selbständigen geistigen Regungen beeinflusst wird, starke Ansätze zur Selbsthilfe, zur Organisation der wirtschaftlich-sozialen Stärkung ohne Zuhilfenahme des Staates und seiner Organe, wie wir in unserm vorigen Heft S. 144 ff. dargestellt haben. Andererseits treffen wir in den Außenländern des gewaltigen lateinischen Kulturblocks, in Mexiko und Argentinien, einen ausgesprochenen Staats-

sozialismus, der die Spannungen zwischen Unternehmern und Besitzenden einerseits und Arbeitern und Proletariern andererseits auf gesetzlichem Wege zu mindern und zu leiten sucht.

Mexiko

In Mexiko haben die rund vier Jahrzehnte sozialer Kämpfe zuerst eine Unterdrückung und dann eine beharrliche starke Zurücksetzung der katholischen Kirche mit sich gebracht. Hier wurde ein areligiöser Fürsorgestaat geschaffen, der seine marxistisch-linksradikale Herkunft nicht verleugnet. Die Schäden, die in Mexiko aus der sozialistischen Staatswirtschaft und dem Kirchenkampf gerade für die hispanische Kultur und das soziale Gefüge des Volkes immer unverhohlener zutage traten, riefen jedoch energische Abwehrkräfte auf den Plan. Als eine der zukunftsreichsten Sozialbewegungen Lateinamerikas erscheint so Mexikos „Sinarchismus“, eine Vereinigung, die seit fast eineinhalb Jahrzehnten „mit Ordnung“ (das bedeutet der Name) eine gegliederte Lebensform des Volkes anstrebt. Sie hat dabei gegen die linksradikalen Nivellierungstendenzen im Gesellschaftlichen, gegen die kollektive Agrarreform und gegen die staatliche Korruption im Wirtschaftlichen zu kämpfen. Am 23. Mai 1937 wurde diese Bewegung in der Stadt León im mexikanischen Staate Guanajuato gegründet. Ihre Anhänger und Vorkämpfer sehen in ihr, wie Lic. C. Alvarez in einem Aufsatz „El Alma Franciscana del Sinarquismo Mejicano“ in der spanischen Zeitschrift „Fomento Social“ IV/16, 1949, sagt, „die aufstrebendste staatsbürgerlich-soziale Bewegung Amerikas“. Seit 1938 sammelt die Wochenzeitung „El Sinarquista“ die Kleinbauern und Landarbeiter des Landes; sie erreicht dabei die größte Auflageziffer aller einheimischen Publikationen. Die idealen christlichen Ziele dieser Massenbewegung, die bald eine Million Anhänger hatte, wurden auch dann nicht bezweifelt, als sie die faschistischen Werbemethoden des eigenen Grußes, der Aufmärsche und der Versammlungen getreu nach europäischem Vorbild aufnahmen. Erst seit 1944, als Parteigänger des Sinarchismus auf den Präsidenten Camacho, als auf den Repräsentanten des ungerechten Staates, ein Attentat verübten und damit unverantwortlicherweise das zentrale Prinzip der Gewaltlosigkeit verrieten, wurde die Lage gespannt. Im gleichen Jahre spaltete sich die zu breit gewordene Bewegung; die im Vergleich zu den Rebellen zurückhaltenderen, aber immer noch reichlich ungeduldigen Sinarchisten taten sich zu einer Wählerbewegung zusammen, um der Kirche und dem christlichen Volke über das Parlament die verfassungsmäßigen Rechte zu erkämpfen. Doch auch als die radikalen Führer Calles und Cardenas in der national-revolutionären Linksregierung von gemäßigteren Führern abgelöst wurden, blieb die Haltung der Regierung gegenüber der christlichen Bewegung so mißtrauisch, daß die sinarchistische Wählervereinigung „Fuerza Popular“ 1949 als konfessionelle Parteibildung und wegen des Verdachts der Verbindung mit der spanischen Falange verboten wurde. Die reinen Idealisten, die in der sinarchistischen Bewegung eine Art amerikanischer Franziskusnachfolge des 20. Jahrhunderts sehen wollen, haben diese Maßnahme mit Jubel begrüßt, weil sie die ursprünglichen Ziele: allgemeine Rückkehr zur Religion, Reform der Landesverfassung in Richtung auf eine katholische Rehabilitierung und Gesellschaftsreform